

18/J XXI.GP

### ANFRAGE

**der Abgeordneten Mag. Haupt, Dr. Partik - Pablé, Dolinschek und Kollegen**  
an die Frau Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz  
betreffend **bauliche Maßnahmen zur behindertengerechten Ausstattung von  
Dienststellen**

Im Hinblick auf die leeren Auftragsbücher der Bauwirtschaft in den Wintermonaten dieses Jahres und der Vorbildwirkung des öffentlichen Dienstes im Bereich der Behinderteneinstellung, muß die behindertengerechte Ausstattung der Ministerien als Selbstverständlichkeit erachtet werden.

Zusätzlich sieht auch das Behinderteneinstellungsgesetz mit Wirkung vom 1.1. 1999 vor, daß die Dienstgeber des öffentlichen Dienstes welche 25 oder mehr Dienstnehmer beschäftigen, verpflichtet sind, mindestens einen begünstigten Behinderten auf die Zahl von 25 Dienstnehmern einzustellen.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die **Frau Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz** die nachstehende

### ANFRAGE

1. Welche Veränderungen bezüglich der Einstellung behinderter Personen hat es in Ihrem Ministerium seit 1.1.1999 gegeben?
2. Sind derzeit alle Ihrem Bundesministerium zugeordneten Dienststellen behindertengerecht ausgestattet?  
Wenn nein, wo ist dies noch nicht der Fall?
3. Werden Sie - auch im Hinblick auf die leeren Auftragsbücher der Bauwirtschaft in den kommenden Wintermonaten - Maßnahmen setzen, um die erforderliche behindertengerechte Ausstattung der Amtsräume vorzunehmen? Wenn nein, warum nicht?
4. Welche konkreten Planungen in welchen Stadien der Vorbereitung zum Bau gibt es in Ihrem Ministerium um die bestehenden Dienststellen behindertengerecht zu adaptieren?
5. Wie hoch ist die zu erwartende Gesamtsumme der anfallenden Kosten in Ihrem Ressort .